

**Material zur Klausurtagung des Vorstandes  
der Freien Demokratischen Partei**

**„Deutschland- und Außenpolitik“**

Von Wolfgang Schollwer

(Januar 1967)

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Bestand Wolfgang Schollwer; Signatur 10804/11  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-380

Material zur Klausurtagung des Vorstandes

- Deutschland- und Außenpolitik -

Amelung  
1966/67

I. Die Ausgangssituation von 1945

Bestimmende Faktoren der Ausgangssituation von 1945 waren:

- die Übernahme der obersten Autorität in allen Deutschland betreffenden Angelegenheiten durch die vier alliierten Regierungen;
- die Vierzonen-Teilung nach der Kapitulation;
- die Koordinierung der Viermächte-Politik durch den Kontrollrat;
- das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 mit dem Ziel, eine gemeinsame Politik der Vier gegenüber Deutschland zu gewährleisten;
- die in Potsdam getroffene Vereinbarung, daß Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei;
- eine zunächst noch bestehende relative Freizügigkeit innerhalb Deutschlands, sowohl im Personen- als auch im Nachrichtenverkehr (Rundfunk, Presse);
- die allgemein vorhandene Erwartung, daß sich die vier Mächte in absehbarer Zeit über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung einigen können;
- die Ausweisung der Deutschen aus den Gebieten von Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Ostbrandenburg, der CSR und Ungarn, und der Beschluß, die östlichen Teile Deutschlands unter polnische Verwaltung zu stellen, wobei die "endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens einer Regelung in den Friedensverträgen vorbehalten bleiben soll";
- die Übertragung Königsbergs und der benachbarten Gebiete an die UdSSR.

II. Die Entwicklung der deutschen Situation seit 1945

Alle Bemühungen der vier Mächte, sich über die zukünftige Gestaltung Deutschlands zu einigen, sind gescheitert; neue derartige Versuche werden im 22. Jahr der Teilung Deutschlands weder in Ost noch in West ins Auge gefaßt.

Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges zwischen Ost und West im Jahre 1946 beginnt ein grundlegender Wandel gegenüber der Ausgangssituation von 1945:

- der Alliierte Kontrollrat (KR) stellt mit dem 20. März 1948 (Auszug Marschall Sokolowskis aus der Sitzung des KR) praktisch seine Tätigkeit ein, eine Viermächteverwaltung Deutschlands findet nicht mehr statt;
- in der Sowjetzone beginnt bereits 1945 - und ab 1948 in steigendem Maße - eine totale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung (Sowjetisierung);
- die drei Westmächte nehmen eine "Umerziehung" der ihnen anvertrauten Bevölkerung in einem den sowjetischen Bemühungen praktisch entgegengesetzten Sinne vor;
- im östlichen wie im westlichen Teile Deutschlands beginnt der Aufbau zentraler deutscher Behörden, die sich als Vorläufer zweier deutscher Regierungen erweisen: im Osten die am 14. Juni 1947 gebildete "Deutsche Wirtschaftskommission", im Westen der bereits am 29. Mai 1947 konstituierte "Deutsche Wirtschaftsrat";
- die Einheit der Währung zerbricht am 2. Juni 1948 bzw. am 23. Juni 1948 durch die Währungsreformen der drei westlichen Militärregierungen und eine entsprechende Maßnahme der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD);
- im selben Jahr beginnt die SBZ mit der Wiederaufrüstung (Grenzpolizeitruppen), die BRD folgt 1951 mit dem Bundesgrenzschutz;
- die Berliner Blockade und die Verlegung der Amtsräume des Magistrats von Groß-Berlin in die Westsektoren beenden im Frühsommer 1948 die Viermächte-Verwaltung von Berlin; die politische Spaltung der Stadt beginnt und endet am 13. August 1961 mit der Errichtung der Berliner Mauer und der damit verbundenen Einstellung auch noch des innerstädtischen Personenverkehrs;
- die politische Teilung Rumpfdeutschlands wird im Herbst 1949 durch die Bildung von zwei deutschen Regierungen besiegelt;

- die beiden sich allmählich grundlegend voneinander unterscheidenden politischen Systeme in Deutschland orientieren sich einseitig auf die jeweiligen Schutzmächte und deren Verbündeten: die Bundesrepublik wird durch die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 militärisch und politisch und durch die Römischen Verträge vom 26. März 1957 auch wirtschaftlich fest in den Westen integriert. Auf der anderen Seite tritt die DDR am 28. Januar 1956 dem Warschauer Pakt und im Jahre 1950 der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Comecon, bei.

### III. Die gegenwärtige Lage in der Deutschland- und Außenpolitik

Die Situation im deutschlandpolitischen und im außenpolitischen Bereich wird am Jahresende 1966 durch folgende Tatsachen und Entwicklungstendenzen bestimmt:

- a) Der Kalte Krieg in Europa flaut ab, die Kontakte zwischen Ost und West nehmen sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet immer mehr zu, die Annäherung zwischen Ost und West erfolgt auf der Basis einer stillschweigenden Hinnahme des Status quo in Europa und Deutschland.
- b) Bezüglich Deutschlands stimmen Ost und West heute bereits in vier wesentlichen Fragen weitgehend überein:
  - keine Änderung der gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen;
  - keine Atomwaffen für die Deutschen;
  - jede Unterstützung für eine Politik, die zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin führt;
  - die Bundesrepublik sollte bald volle politische Beziehungen zu allen Staaten Ost- und Südosteuropas aufnehmen und ihre Hallstein-Doktrin überhaupt fallen lassen;
- c) Die Politik der europäischen Einigung ist ins Stocken geraten, mit Fortschritten ist auf dem Gebiete zumindest solange nicht zu rechnen als General de Gaulle die Politik Frankreichs bestimmt. Auf der anderen Seite macht die wirtschaftliche Einigung Westeuropas weitere Fortschritte, eine Ausweitung der EWG auf weitere westeuropäische Staaten scheint nicht mehr unmöglich zu sein;

- d) Die Krise der westlichen Verteidigungsgemeinschaft ist zwar eingedämmt, jedoch noch keineswegs überwunden. Eine zeitgemäße, den neuen Entwicklungen in Ost und West entsprechende Verteidigungsstrategie wurde bisher nicht formuliert. Versuche, die NATO zu politisieren und zu einer Art Brückenpfeiler für ein späteres gesamteuropäisches Sicherheitssystem umzubilden, blieben bisher im Ansatz stecken;
- e) Der Kampf der ost- und südosteuropäischen Staaten um größere politische Selbständigkeit geht - immer wieder von Pausen unterbrochen - weiter. Zugleich bemüht sich die Sowjetunion, mit Hilfe einer kommunistischen Weltkonferenz ihre Führungsrolle wieder zu festigen und die Eigenständigkeitsbestrebungen ihrer Verbündeten einzuengen;
- f) Auf der anderen Seite zwingt der sich verschärfende politisch-ideologische Streit zwischen Peking und Moskau die Sowjetunion, ihre Macht gegenüber den osteuropäischen Staaten nicht zu stark auszuspielen und den revisionistischen Bestrebungen vor allem Jugoslawiens mit größerer Vorsicht zu begegnen als sie es vielleicht für notwendig hält;
- g) Auch die DDR hat in der Zwischenzeit an außenpolitischer Bewegungsfreiheit gewonnen, wenn auch sicherlich weniger als die anderen Verbündeten Moskaus. Die Bedeutung der DDR für das kommunistische Lager ist nicht allein wegen der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands gestiegen. Der Ausbau der Außenbeziehungen Ost-Berlins zur nichtkommunistischen Welt geht langsam, aber stetig voran. Die innenpolitische Entwicklung in der BRD (NPD-Vormarsch) stärkt zudem die Auffassung in Ost und West, daß die Existenz der DDR eines Tages eine notwendige Bremse für nationalistische und chauvinistische Tendenzen in der BRD darstellen könnte;
- h) Die innere Entfremdung zwischen den beiden deutschen Bevölkerungsteilen schreitet nach zwei Jahrzehnten der Teilung begreiflicherweise voran. In der DDR wächst ungeachtet der Ablehnung stalinistischer Methoden der SED-Führung ein Staats- oder doch zumindest ein Sonderbewußtsein heran, ein Solidaritätsgefühl gegen die Bundesrepublik, von der man sich im

Stich gelassen und vor allem auch nicht verstanden fühlt. Dazu kommt, daß inzwischen in beiden Teilen Deutschlands eine Generation heranwächst, die entweder erst nach der Teilung geboren wurde oder doch die Einheit Deutschlands nicht mehr bewußt erlebt hat. Für viele dieser jungen Menschen ist die Frage der Wiedervereinigung längst zweitrangig geworden gegenüber dem Problem, die geistigen und politischen Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten abzumildern und die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands wenigstens schrittweise wiederherzustellen.

#### IV. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung

- 1.) Nach wie vor betrachtet sich die Bundesregierung als die einzige deutsche Regierung, die berechtigt ist, "für das ganze deutsche Volk zu sprechen" (Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966). Die Regierung Kiesinger beharrt damit auf dem Alleinvertretungsanspruch der BRD und spricht der Regierung der DDR das Recht und die Möglichkeit ab, die Bevölkerung Ostdeutschlands nach außen hin zu vertreten.
- 2.) Die neue Bundesregierung beharrt damit auch auf ihrem "Rechtsstandpunkt", daß keine Maßnahme ergriffen werden dürfe, die eine "Anerkennung eines zweiten deutschen Staates bedeuten würde" (Regierungserklärung). Nur unter dieser Prämisse ist die Regierung bereit, soweit notwendig, Kontakte "zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands" aufzunehmen.
- 3.) Die Bundesregierung ist bereit, "wo immer dies nach den Umständen möglich ist", diplomatische Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas aufzunehmen. Dabei werden die "Umstände" nicht näher definiert. Offenbar aber handelt es sich hierbei um Fragen wie die einer Aufwertung und Anerkennung der DDR durch dritte Staaten sowie um die Grenzprobleme.
- 4.) Die Bundesregierung fordert zwar nicht mehr die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, beharrt je-

doch auf ihrem Standpunkt, daß die Grenzen eines wieder-vereinigten Deutschlands "nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden" können (Rückstellungsklausel).

- 5.) Die Bundesregierung wiederholt ihre Versicherung, "keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen" anzustreben, läßt es jedoch offen, ob sie einen Mitbesitz (Teilhabe) an einer multilateralen bzw. multinationalen Atomstreitmacht für unbedingt notwendig hält. Der Bundeskanzler erklärte dazu am 18. Dezember 1966 im amerikanischen Fernsehen, seine Regierung lasse die Frage offen, welche Möglichkeiten sich in Zukunft ergeben könnten, wenn ein geeinigtes Europa mit einer übernationalen Regierung eine eigene Atomstreitmacht besitzen würde.
- 6.) Zu der juristischen Betrachtungsweise der Bundesregierung in der Außen- und Deutschlandpolitik siehe Anhang.

#### V. Zielvorstellungen einer zeitgemäßen Deutschlandpolitik

##### 1. Ausgangssituation gegenüber 1945:

- a) Es existiert - von geringfügigen Ausnahmen (Berlin) abgesehen - keine miteinander abgestimmte Viermächte-Kontrolle über Deutschland mehr;
- b) das Potsdamer Protokoll hat für die heutige Politik faktisch keinerlei Bedeutung, seine "Beschlüsse" sind nicht einklagbar. Weder der Osten noch der Westen hat sich im Übrigen an die Bestimmungen gehalten, die in diesem Sitzungsprotokoll niedergeschrieben wurden;
- c) auf deutschem Boden haben sich inzwischen zwei deutsche Staaten etabliert. Zwar ist die DDR-Regierung nicht aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangen, dennoch übt sie praktisch alle Funktionen aus, die ein Staat normalerweise für sich in Anspruch nimmt;
- d) eine Beseitigung der DDR ist weder mit Gewalt noch auf dem Verhandlungswege möglich. Die DDR ist längst zum Bestandteil einer einigermaßen ausbalancierten europäischen Nachkriegsordnung geworden, deren Bestand nicht nur im Interesse des Ostens liegt;

- e) eine Wiedervereinigung Deutschlands würde - unter welchen Bedingungen auch immer - zu einer totalen Verschiebung der Kräfte in Europa führen, abgesehen davon, daß alle europäischen Völker einen deutschen Nationalstaat mit 75 Millionen Einwohnern und der stärksten Wirtschaftskraft auf dem europäischen Kontinent grundsätzlich fürchten und zu verhindern trachten.

## 2. Die Zielvorstellungen

- a) Eine Wiederherstellung des Status quo ante war und ist weder im europäischen noch im deutschen Rahmen möglich oder auch nur erwünscht.
- b) Die friedliche Entwicklung aller europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes liegt im besonderen Interesse Deutschlands. Sie setzt politische, militärische und wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen den europäischen Staaten einschließlich der DDR voraus.
- c) Vordringliche Aufgabe deutscher Politik ist es, die geschichtliche Aufgabe Deutschlands als mitteleuropäisches Land zu formulieren. Die Bundesrepublik und die DDR müssen ihre Funktionen als Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg zugunsten der selbstgewählten Aufgabenstellung aufgeben, gewissermaßen ein Modell für die Verständigung zwischen Ost und West und für die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung zu schaffen.
- d) Eine neue europäische Friedensordnung setzt nicht unbedingt den Zusammenschluß getrennter Volksteile, jedoch die Beendigung des Kalten Krieges zwischen ihnen sowie die allmähliche Überwindung politischer Unterdrückungsmaßnahmen in ganz Europa voraus.
- e) Aus diesem Grunde steht die BRD vor der Aufgabe, eine Deutschlandpolitik zu formulieren, die zu einer Entkrampfung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR führen kann und damit zugleich eine Anpassung der DDR an



die Demokratisierungstendenzen im übrigen kommunistischen Europa möglich macht. Eine solche Politik könnte eine Wechselwirkung auslösen und zugleich auch die Bewegungsfreiheit der ost- und südosteuropäischen Staaten gegenüber dem Westen erhöhen.

### 3. Die Konsequenzen

Eine Deutschlandpolitik, für die die Frage des Friedens vor der der staatlichen Einheit oder der Grenzziehungen rangiert, führt naturgemäß zu innen- und außenpolitischen Konsequenzen von großer Tragweite.

#### a) innenpolitisch:

- sie macht die Zusammenarbeit von Parteien notwendig, die an einem Brückenschlag zwischen Ost und West unter Einschluß der DDR interessiert und zur Aufgabe überholter deutschlandpolitischer Vorstellungen (Alleinvertretungsrecht, Rückstellungsklausel etc.) bereit sind. Das bedeutet auch entsprechende Koalitionsbildungen;
- sie gebietet die nachdrückliche Bekämpfung aller unzeitgemäßen Tendenzen im Staatsschutz- und Strafrecht, im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich mit dem Ziel der Schaffung einer offenen und modernen Gesellschaft, die ihre Anziehungskraft für die Deutschen in der DDR behält und revisionistische Strömungen in Ostdeutschland zu fördern vermag;
- sie erfordert die Sammlung aller "radikaldemokratischen", liberalen Kräfte um eine politisch erneuerte FDP, die den Fortschritt will und - im Hinblick auf die gegenwärtige Regierungskoalition - zu einer echten politischen Alternative wird. Eine solche Entwicklung wäre auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, den Trend zum Rechtskonservatismus in der BRD abzustoppen, der vielfach nur Ausdruck zielloser Opposition ist und zugleich das Ansehen der DDR zu Lasten der BRD steigert.

b) national- und außenpolitisch

- die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung und deren Bereitschaft, auf allen Ebenen mit den zuständigen Stellen der DDR über beide deutsche Staaten interessierende Fragen zu verhandeln;
- die Aufgabe des Anspruchs auf die deutschen Ostgebiete und die Akzeptierung der gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen;
- der Verzicht der BRD auch auf Teilhabe an multilateralen bzw. multinationalen Atomstreitkräften und die Bereitschaft Westdeutschlands, sich atomwaffenfreien Zonen in Mitteleuropa anzuschließen, sobald ausreichende Sicherheitsgarantien gegen atomare Erpressungen gegeben und entsprechende Vereinbarungen mit den Verbündeten getroffen worden sind;
- die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten mit dem Ziel, den einen oder anderen dieser Staaten als Vermittler bei Verhandlungen mit der DDR benützen zu können (z.B. Jugoslawien, Rumänien oder die CSSR);
- gegenseitige Unterstützung bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen;
- Vertretung der Interessen jeweils des anderen deutschen Staates in Ländern, in denen dieser noch nicht politisch vertreten ist;
- daraus ergibt sich dann die Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auch gegenüber Drittstaaten (Kooperation), über eine schrittweise Wiederherstellung des freien Personenverkehrs zwischen der BRD und der DDR, über eine technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie über einen Kulturaustausch, einschließlich des freien Bezugs von Presseerzeugnissen aus dem jeweiligen anderen deutschen Staat;

VI. Nationale Politik aus der Sicht der Bevölkerung und  
- speziell - der NPD (dieser Teil wird von Herrn Stbltz  
übernommen)

VII. Schlußfolgerungen

- 1.) Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung hat - soweit sie die deutsche Frage betrifft - noch nicht die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß sich seit 1945 ein grundlegender Wandel sowohl in der internationalen als auch in der deutschen Politik vollzogen hat. Das Alleinvertretungsrecht entsprach allenfalls einer Zeit, da noch mit relativ kurzfristigen Viermächte-Vereinbarungen über die deutsche Frage zu rechnen war. Damals wurde zudem dieser Anspruch der Bundesregierung auch von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung akzeptiert. Heute ist die Vorstellung bereits utopisch, daß die Vier Mächte oder auch nur eine Ost-West-Konferenz Vereinbarungen über die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland treffen könnten. Auch die DDR-Bevölkerung glaubt mehrheitlich weder an einen Anschluß an die BRD noch will sie eine weitere Diffamierung und Isolierung der DDR, sondern gleichberechtigte Behandlung gerade auch durch die BRD. Ihr Ziel ist eine Demokratisierung des Geistes sowie die Wiederherstellung der Freizügigkeit innerhalb Deutschlands und gegenüber Westeuropa. Somit richtet sich die gegenwärtige Bonner Politik der Nichtanerkennung und der Isolierung der DDR nicht nur gegen das kommunistische Regime, sondern gegen die Bevölkerung der DDR selbst.
- 2.) Das gilt in gewisser Weise auch für die Haltung der Bundesregierung in der Grenzfrage. Auch hier ist Bonn in Vorstellungen steckengeblieben, die zu Beginn der deutschen Teilung noch realistisch gewesen sein mögen. Denn damals war noch keine endgültige Besitznahme des deutschen Landes durch die polnische Bevölkerung erfolgt. Vor allem auch die Vertriebenen selbst waren bereit, in ihre Heimat zu-

rückzukehren. Heute sind die ehemaligen deutschen Ostgebiete voll in den polnischen Staat integriert, Millionen der dort lebenden Polen wurden in diesen Gebieten bereits geboren und besitzen damit ebenfalls ein Heimatrecht. Auf der anderen Seite sind die Heimatvertriebenen voll in die Bundesrepublik integriert; dieser Teil Deutschlands wurde ihre wirkliche neue Heimat. Zugleich nimmt die Zahl derer ständig ab, die in den Vertreibungsgebieten geboren wurden, dort gelebt und gearbeitet haben. Umfragen unter den Vertriebenen ergaben zudem, daß nur ein geringer Prozentsatz grundsätzlich bereit wäre, in die alte Heimat zurückzukehren, und das im allgemeinen auch nur dann, wenn diese Gebiete wieder zu Deutschland gehörten. Die Vertriebenenverbände manifestieren in dieser Hinsicht eine nicht mehr gegebene Forderung der Heimatvertriebenen.

- 3.) Schließlich befindet sich die deutsche Politik auch insofern nicht mit der deutschen und internationalen Entwicklung in Übereinstimmung, als sie nach wie vor der nationalstaatlichen Frage eine so große Bedeutung beimißt. Nicht nur in der DDR, sondern auch in Westdeutschland wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten bewußt und gewollt eine Politik betrieben, die eine nationalstaatliche Lösung des deutschen Problems unmöglich machte. Westintegration und Ostintegration waren, wie man diesen Schritt auch immer begründete, eine klare Absage an den deutschen Nationalstaat. Heute gibt es keinen Ansatzpunkt mehr für eine nationalstaatliche deutsche Politik, weder in Ost noch in West, weder in der DDR noch in der BRD. Es gibt lediglich die Möglichkeit, durch eine entsprechende und oben dargestellte Politik zu einer Wiederverklammerung der auseinanderstrebenden deutschen Staaten zu kommen, wobei es völlig dahingestellt bleibt, wie sich Deutschland in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten noch weiter entwickeln wird.
- 4.) Die FDP, die sowohl den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung als auch deren Rückstellungsklausel in der Grenzfrage unterstützt und die den deutschen National-

staat mehr als andere Parteien all die Jahre hindurch als das Hauptziel deutscher Politik proklamierte, hat im Grunde nicht viel weniger Abstriche von ihrer bisherigen Deutschlandpolitik zu machen als beispielsweise die CDU/CSU. Weder das BERLINER PROGRAMM noch unser Deutschlandplan von 1959 können uns heute noch für unsere Deutschlandpolitik die notwendigen zeitgemäßen Antworten geben, wenn auch in beiden Dokumenten selbstverständlich Gedanken enthalten sind, die gewissermaßen zeitlos die Grundlage jeder vernünftigen deutschen Politik darzustellen haben (z.B. die Aussöhnung mit dem Osten oder die Respektierung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses). Wie notwendig eine gründliche Überarbeitung des BERLINER PROGRAMMS ist, zeigt der für die FDP wohl wichtigste Programmpunkt zur Deutschlandpolitik. Er lautet:

"Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen."

Diese Forderung ist längst durch die Entwicklung der deutschen und europäischen Politik überholt. Eine Aussage zur Deutschlandpolitik müßte heute etwa lauten:

"Die Überwindung der europäischen und mit ihr der deutschen Spaltung sowie die Schaffung einer dauerhaften gesamteuropäischen Friedensordnung sind unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen."

gez. Wolfgang Schollwer